

VOLKSKAMMER DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Ausschuß für Familie und Frauen

Marx-Engels-Platz
Berlin
1020

12. 9. 1990

Präsidentin des
Deutschen Bundestages
Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth
Bundeshaus

Bonn 1

D 5300

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
für Ihr Schreiben vom 8. August 1990 und die mir darin übermittelte Stellungnahme zum Schwangerschaftsabbruch, den Vorschlag eines "dritten Weges" möchte ich mich bei Ihnen bedanken.

Inzwischen ist der Einigungsvertrag unterschrieben und damit sind zunächst zwei unterschiedliche Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch in einem geeinten Deutschland befristet festgeschrieben.

Das künftige gesamtdeutsche Parlament muß es daher zu einer wichtigen Aufgabe machen, eine einheitliche gesetzliche Grundlage zur Regelung von Schwangerschaftskonflikten zu schaffen.

Wichtiges Anliegen der Regierung und des Parlaments sollte es aber sein - darin befinden wir uns sicher im Konsens - dafür Bedingungen zu schaffen, daß möglichst viele Wunsch Kinder in einer kinderfreundlichen Welt aufwachsen können und Frauen wie Männer gern die Verantwortung für eine bewußte Elternschaft übernehmen wollen.

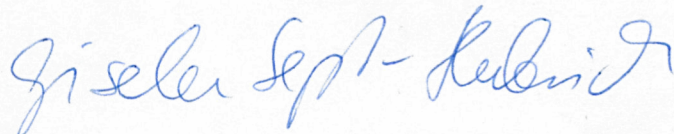
Schwangerschaftskonflikte wird es jedoch trotzdem geben, denn nicht alle Ursachen dafür können durch staatliche Hilfen und kinder- und familienfreundliche Bedingungen beseitigt werden. Vielmehr liegt ein Teil der Konflikte im persönlichen und psychologischen Bereich begründet und von daher wird eine Entscheidung für oder gegen ein Kind immer noch von den Betroffenen selbst zu fällen sein.

Allen, die es wünschen, sollte die Möglichkeit der Inanspruchnahme einer Beratung gegeben sein mit den entsprechenden Hilfen, die auch Sie in Ihren Darlegungen fordern. Eine Pflichtberatung kann aber nicht die Lösung sein, denn sie könnte von den Frauen als Druck und Reglementierung empfunden werden und daher gar nicht erst in Anspruch genommen werden. Eine Pflichtberatung kann keine nichtgewollte Schwangerschaft verhindern und macht Frauen nicht automatisch zu glücklichen werdenden Müttern.

Dringend benötigt wird, das ist ja auch eine Ihrer Forderungen, ein umfangreiches Beratungsangebot in den Bereichen Sexualaufklärung, Schwangerschaftsverhütung, Familienplanung sowie bei Konflikten und in der Nachsorge. Deshalb muß das Beratungsnetz weiter ausgebaut werden.

Es muß uns gelingen, die Verantwortung des Staates für das werdende nichtgeborene Leben zu stärken sowie allen Mitgliedern der Gesellschaft ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Dafür werden wir uns einsetzen und unsere gemeinsame Arbeit fortsetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Ihre Gisela Sept-Hubrich